

Schönfärberei und das Bestreiten erkennbarer Probleme sind ein schlimmer Fehler; aber der extreme Pendelschlag ständiger Betonung oder gar Bestärkung der Angstgefühle ist eine noch schlimmere Sünde.

Gerhard Stoltenberg

Fremdenfeindlichkeit

Vor einigen Wochen waren in einer südwestdeutschen Tageszeitung zwei Leserbriefe nebeneinander abgedruckt, die in ihrer jeweiligen Deutlichkeit als Vertreter der derzeitigen Eckpositionen gegenüber Ausländern gelten können. Da beschwert sich der eine Leser, dessen Familie nach eigenen Angaben „seit drei Generationen die SPD“ wählt und der aus politischen Gründen eineinhalb Jahre im KZ verbrachte, über den Ausländer, der den „Arbeitsplatz des deutschen Familienvaters besetzt“ halte, „wenn er nicht auf Kosten des Steuerzahlers ein faules Leben führt und unsere sozialen Einrichtungen mißbraucht“. Jedem „anständigen Deutschen“ solle „die Zornesröte ins Gesicht steigen“ angesichts des Vorschlages, rückkehrwilligen Ausländern finanzielle Anreize zu geben. Um einiges knapper faßte sich der Autor des zweiten Leserbriefes, der eine Unterschriftensammlung gegen ein türkisches Bethaus in der Stadt Villingen zum Anlaß nahm zu fragen, wie lange es wohl noch dauern werde, „bis wir eines Morgens in der Zeitung einen Bericht über die zweite Kristallnacht lesen“ können.

Wie dramatisch ist das Problem?

Die eigentlichen Gründe für solche Stimmungen bzw. Befürchtungen sind schwer festzumachen. Unbestritten ist, daß sich Symptome ausländerfeindlichen Verhaltens in den vergangenen Monaten gehäuft beobachten lassen. Z. B. wird gegenwärtig ein deutlicher *Anstieg von gewalttätigen Auseinandersetzungen* zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen festgestellt. Ein Symptom der ökonomischen Krise kann dies nur insofern sein, als die Ungewißheit über zukünftige Berufschancen ein Ventil sucht. Irrational ist dies schon deswegen, weil jene Ausländerkinder mit ihrer unzureichenden Ausbildung kaum ernsthaftige Konkurrenten sein können. Daß unter ihnen Haß und Neid gegen die Deutschen aufkeimen, ist eher verständlich. Aber auch in der breiten Öffentlichkeit sind

die Anhaltspunkte vielfältig: Sie reichen von der Verbreitung fatal an die Judenwitze des Dritten Reiches erinnernder *Türkenwitze* über *Lokalverbote für Ausländer* bis zu Schmierereien *ausländerfeindlicher Parolen* an den Wänden. Und das Erscheinen des von einer Professorengruppe unterzeichneten sog. „Heidelberger Manifests“, in dem unter Rückgriff auf bevölkerungspolitische Termini des Nationalsozialismus für die „Erhaltung“ des deutschen Volkes plädiert wird, muß als ein zwar krauses, aber nicht ungefährliches Gemisch aus Ausländerfeindlichkeit und Rassenideologie eingestuft werden. Die Tatsache, daß der Bundeskanzler am 22. Juni eine größere Runde aus Vertretern der Parteien, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie der Kirchen und Wohlfahrtsverbände nach Bonn holte und mit ihnen über Ausländer und Ausländerfeindlichkeit diskutierte, zeigt einmal mehr, wie politisch brisant das Problem geworden ist.

Daß es Ausländerfeindlichkeit hierzulande tatsächlich gibt, wird durch demoskopische Erhebungen erhärtet. Auf die Frage, ob heute in der Bundesrepublik Deutschland *zu viele Ausländer* leben, antworteten schon im August 1981 79 Prozent der erwachsenen Bevölkerung zustimmend, 19 Prozent äußerten keine konkrete Meinung. Überraschend war, daß der Eindruck, hierzulande wohnen zu viele Ausländer, unter den Anhängern aller Parteien und allen Altersgruppen stark verbreitet ist. In allen Teilen der Bevölkerung sprachen sich ebenso deutliche Mehrheiten dafür aus, daß die Bundesregierung die Einwanderung von Ausländern stärker einschränken solle. Noch aufschlußreicher als diese Zahlen des Allensbacher Meinungsforschungsinstitutes war das Ergebnis einer Repräsentativumfrage des Godesberger Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (Infas) vom vergangenen Dezember: danach sind 49 Prozent der Bundesbürger „mehr oder minder offen ausländerfeindlich“; „überwiegend distanziert und ambivalent gegenüber Ausländern“ gaben sich 22 Prozent. Nur ein gutes Viertel der Befragten – 29 Prozent – wird mit dem Prädikat „ausländer-

freundlich“ bedacht. Einige typische Reizthesen: „Ausländer sind schuld an der hohen Kriminalität“ (87 Prozent Zustimmung in der ersten Gruppe). – „Man fühlt sich nicht wohl wegen der vielen Ausländer“ (88 Prozent Zustimmung in derselben Gruppe). – „Ausländer belästigen deutsche Frauen“ (ebenfalls 71 Prozent Zustimmung in der ersten Gruppe).

Interessant ist dabei, daß die Einstellungen nach Sozial- und Altersstruktur stark variieren. Ausländerfeindliche Haltungen nehmen mit dem *Lebensalter* zu und mit dem *Grad der Schulbildung* ab. Jugendliche unter 20 Jahren zeigen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht ausländerfeindlich, obgleich sie wenigstens in geringem Umfange mit jungen Türken und anderen Ausländern um knappe Lehrstellen konkurrieren müssen; die Rentner hingegen haben zu 65 Prozent starke Vorbehalte mit fremdenfeindlicher Tendenz, dies offensichtlich, obwohl es zwischen ihnen und den Gastarbeitern keinen Streit um Arbeitsplätze gibt.

Außerdem wird das zunehmend als schwierig empfundene „Ausländerproblem“ von der deutschen Bevölkerung *regional unterschiedlich* erlebt und beurteilt, was natürlich vor allem mit der Konzentration von ausländischen Arbeitnehmern in bestimmten großstädtischen Gebieten zu tun hat.

Notwendige Unterscheidungen

Die Heftigkeit aber, mit der Fremdenfeindlichkeit, ja Fremdenhaß immer wieder selbst bei Menschen ausbricht, die persönlich keine schlechten Erfahrungen mit Fremden gemacht haben, die Rückweisung aller Vernunftargumente in dieser Frage – sie deuten darauf hin, daß hier tiefe Emotionen, nicht restlos erklärbare irrationale Ängste im Spiel sind. Und obwohl das Phänomen der Ausländerfeindlichkeit nicht speziell deutsch ist, trägt es doch *typisch deutsche Züge*. Eine gewisse *nationale Überheblichkeit*, deren Wurzeln nicht nur in der wirtschaftlichen Prosperität der Nachkriegsjahrzehnte liegen, ein stark *binnenländisch ausgerichtetes Denken* in der Wahrung der eigenen Interessen und nicht zuletzt das noch nicht wieder aufgebaute *Selbstvertrauen* in die eigene nationale Identität mögen die Fremdenfurcht verstärken.

Das *Fehlen einer langfristig angelegten Ausländerpolitik* mit sozialen Begleitprogrammen ist aber an der gegenwärtigen Entwicklung sicher auch nicht unschuldig. Von einem weitgehenden „laissez-faire“ war die Politik zumindest bis zum Jahr 1973 gekennzeichnet, als der Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte in Kraft trat. Bis dahin war der Ausländer-Zuzug allein von ökonomischen Anforderungen und Wünschen bestimmt gewesen.

Am ehesten wurden die langfristigen Probleme im Zusammenhang mit der Ausländerfrage noch von den *Kirchen* und deren *caritativen Organisationen* erkannt, die nicht nur selbst frühzeitig zahlreiche Programme zur sozialen und caritativen Betreuung und Beratung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien starteten, sondern, wie

aus einer jüngst erschienenen Dokumentation des Katholischen Büros in Bonn hervorgeht, auch immer wieder versuchten, die Politiker zu einer sozial verantwortlichen Konsolidierung der Ausländerbeschäftigungspolitik zu bewegen. In dem seit Mitte 1965 um diese Fragen geführten Schriftwechsel des Katholischen Büros finden sich genügend Schriftstücke, die mahnen, die langfristigen Probleme der Ausländerbeschäftigung nicht zu übersehen; im Mai 1969 tauchte erstmals die Frage auf, „welches langfristige Konzept für das Gastarbeiterproblem mit Aufbau eventueller Strukturen für Beratung, Dienstleistung und Ausbildung entwickelt werden“ müsse.

Lange auch schienen die Probleme zu bewältigen zu sein, die Erfahrung der Bereicherung durch ausländische Lokale, Läden und Kulturgruppen wurde in den Vordergrund gestellt. Folklore übertünchte die sozialen Spannungen, über die Frage langfristiger Integration machte man sich lange wenig Gedanken.

Politisch wurde bis in die jüngste Zeit vor allem zu wenig beachtet, was das eigentliche Problem in der Ausländerfrage ist: Wenn heute von Ausländern die Rede ist, dann sind zuerst und vor allem die *Türken* gemeint. Dieses Problem wurde in seinen Neben- und Folgewirkungen aber erst einigermaßen erkannt, als es fast schon unlösbar geworden war. Die Türken stellen heute mit 1,5 Millionen den bei weitem *größten Ausländeranteil*, auch den größten Anteil unter den *Arbeitslosen*; es gibt bei ihnen die meisten nicht arbeitenden Familienmitglieder; sie haben zudem von allen Ausländergruppen die *höchste Geburtenrate*. Und: Sie lassen sich trotz anderslautender Beteuerungen auch von seiten z. B. der Caritas in ihrer Mehrheit – jedenfalls in der ersten Generation – nicht in ihr Gastvolk wirklich integrieren.

An diesem Punkt ist es schwierig, gegenüber der deutschen Bevölkerung vernünftig zu argumentieren bzw. Emotionen abzubauen. Es kann nicht Sinn einer großzügigen Ausländerpolitik sein, für Menschen aus einem völlig andersgearteten Kulturkreis auf dem Wege der Gettobildung in hiesigen Großstädten völlig isolierte Subkulturen entstehen zu lassen.

Zu den Bereichen, wo es bei der Ausländerfrage besonders genau hinzusehen gilt, gehört die *Schule*. Das deutsche Schulsystem hat sich auf die besonderen Probleme schulischer und beruflicher Bildung von Ausländerkindern nur sehr schwer einstellen können. Welche zahlenmäßige Dimension die Entwicklung aber angenommen hat, zeigt die Statistik: Im Schuljahr 1970/71 besuchten rund 158 000 Ausländerkinder deutsche allgemeinbildende Schulen, im Schuljahr 1980/81 waren es insgesamt 637 073 Kinder. Viele von ihnen kamen unter ganz anderen schulischen Voraussetzungen in die Bundesrepublik und stießen hier auf ein Schulsystem, das dieser Herausforderung nicht gewachsen war. Das hat dazu geführt, daß heute 50 Prozent aller Ausländerkinder den Hauptschulabschluß nicht erreichen: sicher die schwerste Hypothek für das zukünftige Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern.

Aber in den genannten Punkten gilt es zu unterscheiden:

wenn jemand Probleme hat, sein Kind in eine Schule mit 70% Ausländeranteil zu schicken, so ist er deswegen noch lange nicht fremdenfeindlich. Wenn Deutsche mehrheitlich von Ausländern bezogene Wohnviertel meiden, dann kann das etwas mit Ausländerfeindlichkeit zu tun haben, aber darüber sollten die wirklichen Probleme des Zusammenlebens unter extremen Sonderbedingungen nicht übersehen werden.

Für Integration werben

Alle diese Probleme zeigen zugleich: die Integration von Minderheiten ist, auch wenn sie – was auf beiden Seiten nicht selbstverständlich ist – konsequent gewollt wird, *kein kurzfristiger*, etwa innerhalb einer Generation abschließbarer *Prozeß*. Von der Vorstellung rascher und sofort sichtbarer Erfolge muß man sich bei aller Anerkennung auch mancher Fortschritte, die in den letzten Jahren erzielt wurden, frei machen. Schwerpunkt jeder Integrationspolitik muß die möglichst chancengleiche Aufnahme der zweiten, z. T. schon der dritten Ausländergeneration in das Arbeitsleben und ganz allgemein in die Gesellschaft sein.

Ansätze dazu ergeben sich durchaus. Die hier aufwachsenden Jugendlichen empfinden weithin die Bundesrepublik als ihre Heimat. Das Herkunftsland der Eltern ist ihnen vielfach nur aus kurzen Ferienbesuchen bekannt. Diese Jugendlichen aber werden ihre Rechte fordern und wahrscheinlich soziale Konflikte nicht scheuen, wenn ihnen neben der sprachlichen die soziale und kulturelle Integration erschwert oder verweigert wird. Zweifellos wären die Folgen eines Scheiterns der Integrationsbemühungen bei dieser Generation besonders schwerwiegend. Dafür, daß solche Bemühungen wirklich gelingen können, muß nicht nur bei jugendlichen Ausländern und deren Eltern, sondern bei der deutschen Bevölkerung geworben werden. Das kann nur durch geduldige Aufklärung geschehen, die das gröbste Unwissen bezüglich der Ausländerproblematik beseitigt und die dazugehörigen Vorurteile abbaut. Dazu gehört in einer Phase erhöhter Arbeitslosigkeit auch der simple Sachverhalt, daß die Beschäftigungslage durch massiven Abzug von ausländischen Arbeitnehmern nur geringfügig verändert werden kann. Aus einer von der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, *Liselotte Funke*, vorgelegten Datensammlung geht hervor, daß in der Bundesrepublik z. B. jeder vierte *Bergmann* Ausländer ist. Unter den Beschäftigten der *Automobilindustrie* erreicht der Ausländeranteil sogar bis zu 35 Prozent, in *Gießereien* knapp 27 Prozent, im *Hotel- und Gaststättengewerbe* 22 und in der *textilverarbeitenden Industrie* knapp 20 Prozent. Es versteht sich von selbst, daß angesichts dieser strukturellen Merkmale ein radikaler Abbau der Ausländerbeschäftigung, von allen sozialen und humanitären Problemen einmal ganz abgesehen, gar nicht möglich ist.

Da aber Ausländerfeindlichkeit *kein bloß konjunktureller Ausfluß rezessionsbedingter Beschäftigungsprobleme* ist und

die Begleitprobleme einer hohen Ausländerbeschäftigung im Familien-, Kultur-, Schul- und Wohnbereich kurzfristig nicht lösbar sind, muß bei einer wirksamen Bekämpfung ausländerfeindlicher Strömungen und Haltungen tiefer und zentraler angesetzt werden: die deutsche Bevölkerung muß daran gewöhnt werden, in Verhältnissen zu leben, für die eine gewisse *Mischung von Völkern und Rassen*, jedenfalls im großstädtischen Bereich, selbstverständlich ist. Sie ist das Ergebnis einer *näher zusammenrückenden Menschheit*: regional, kontinental und weltweit. Die damit verbundene größere kulturelle Pluralität macht aus der Bundesrepublik noch lange keinen Vielvölkerstaat.

Gezielte Aufklärung auch durch die Kirche

Gezielte Aufklärung der Bevölkerung über solche Zusammenhänge ist gewiß Sache der Politik, aber auch der Kirche. Die Kirche kann den zuständigen politischen Gremien ihre Arbeit nicht abnehmen, aber sie hat, da sie nicht auf plebiszitäre Zustimmung angewiesen ist, gegenüber den Parteien einen Vorsprung in den Möglichkeiten *gezielter Meinungsbildung*. Außerdem kann sie sich ohne politische, vor allem parteipolitische Rücksichten nach allen Seiten sachkundig machen und so eine einseitige Problemsicht vermeiden helfen; mit sozialromantischen und beschönigenden Darstellungen ist auch den Ausländern wenig gedient.

Auf ein, genauer, *das* neue soziale Kernproblem wird die Kirche besonders achten müssen: daß mit dem Anwachsen des Ausländeranteils in der Arbeiterschaft eine neue Form des Ungleichgewichtes in der sozialen Schichtung der Bevölkerung entsteht. In die durch die Deutschen frei gemachte proletarische Unterschicht sind die ausländischen Arbeiter nachgerückt. Die Ablehnung von Ausländern und ausländerfeindliche Strömungen gerade bei den kleinbürgerlich geprägten Bevölkerungsschichten ist weitgehend auf diesen Umstand zurückzuführen. Hier Verständnis zu wecken, aber auch denjenigen Deutschen ideelle Hilfestellung zu bieten, deren Interessen sich täglich an denjenigen der Ausländer reiben, wird zu einer immer dringenderen Aufgabe der Arbeiterpastoral.

Der Kirche steht es aber auch zu, über die Wahrnehmung caritativer und seelsorglicher Aufgaben hinaus gerade jene politischen Parteien anzusprechen, die ihrer Politik christliche Maximen zugrunde legen, aber in der Ausländerfrage häufig mit dem durchsichtigen Argument, durch Reduzierung des Ausländeranteils Ausländerfeindlichkeit verhindern zu wollen, sich in den Wind jener nationalkonservativen Bevölkerungsschichten stellen, auf deren Stimme sie zur Mehrheitsfähigkeit neben denen von Christen auch angewiesen sind. Die Unionsparteien täten gut daran, gerade das Problem der ausländischen Arbeiter als Teil jener „*Neuen Sozialen Frage*“ zu entdecken, mit der sie in einer Phase des Versuchs, neu entstehende soziale Probleme auf den Begriff zu bringen, einmal Furore machten.

Cordelia Rambacher